

## Protokoll Nr. 27 (2019-2023)

### der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 26.04.2022 im Bürgerzentrum Neue Vahr (als Hybridveranstaltung)

Beginn: 19:30 Uhr                      Ende: 22:00 Uhr

Anwesend waren:

- |                |  |   |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat  | Hermann Assmann<br>Jens Emigholz<br>Heinz Gerkmann<br>Ulrich Maas<br>Oliver Saake<br>Bernd Siegel<br>Helmut Weigelt  | David Cyferkowski<br>Eva Früh<br>Dr. Tim Haga<br>Eva Mahlert<br>Jörg Schoolmann<br>Nikolai Simson |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras<br>Ralf Möller   |   |
| c) Gäste       | Dirk Stöver (Quartiersmanagement Neue Vahr) (zu TOP 2)<br>Lars Degen (BSAG), Robert Bartsch und Ernst Kittlaus (Amt für Straßen und Verkehr) (zu TOP 3)<br>Martin Michalik und Arno Gottschalk (Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft) (zu TOP 4) |   |

Herr Möller gedenkt eingangs Herrn Rolf Gagelmann. Herr Gagelmann lebte mehr als 50 Jahre in der Vahr und war 16 Jahre Mitglied des Beirats Vahr gewesen, davon acht Jahre als stellvertretender Sprecher. Von 1999 bis 2003 habe er der Bremischen Bürgerschaft angehört. Herr Gagelmann verstarb im Alter von 83 Jahren.

Die schriftlich vorliegende Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 26 der Beiratssitzung am 22.03.2022 wird ebenfalls genehmigt.

### **TOP 1: Anträge von Bürger\*innen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

#### Mitteilungen aus der Bevölkerung

Herr Sauter teilt mit, dass es erneut zu einem Verkehrsunfall an der Kreuzung Kurt-Schumacher-Allee/ Karl-Kautsky-Straße gekommen sei, bei der sich eine ältere Frau schwer verletzt habe. Er fordert den Beirat dringend auf, die diesbezügliche abwartende Haltung des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) nicht weiter zu tolerieren.

Herr Dr. Haga zeigt sich verärgert darüber, dass dort keine Verbesserungen vorgenommen würden und teilt mit, dass der Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ den Beschluss gefasst habe, das Thema immer wieder erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Knud Dietrich stellt sich als neuen Leiter der Regionalen Abteilung Ost (E 6) der Polizei Bremen vor. Ansässig sei er im Polizeirevier In der Vahr. Seine Zuständigkeit betreffe den gesamten Bereich östlich des Hauptbahnhofes.

#### Mitteilungen des Beiratssprechers

Bernd Siegel berichtet von der Teilraumkonferenz Osterholz, Hemelingen und Vahr: Die Neue Vahr habe in der Vergangenheit im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ eine Förderung in Höhe von jährlich 60.000 € erhalten. Künftig werde die Förderung aus diesem Bundesprogramm entfallen – die Neue Vahr solle zwar weiterhin jährlich 60.000 € erhalten, allerdings müsse mit jedem Haushalt ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Zudem seien bislang

– über die 60.000 € – hinaus weitere Einzelprojekte über das Programm „Soziale Stadt“ gefördert worden. Diese Förderung sei künftig nicht mehr möglich, sodass die Vahr deutlich schlechter gestellt werde als zuvor. Laut Behörde könne es, trotz der vielen guten Projektideen im Stadtteil Vahr, nicht zu einer Aufnahme in das Bundesprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ kommen. Das Förderprogramm hätte möglicherweise Chancen eröffnet, eine Verbesserung der Kreuzung Kurt-Schumacher-Allee/ Karl-Kautsky-Straße zu erreichen.

#### Mitteilungen der Beiräte

Herr Emigholz sei aufgefallen, dass die Beschilderung des Mansfelder Sandwegs sowie die Sitzbänke und Mülleimer dort noch immer nicht umgesetzt worden seien. Herr Möller sagt zu, dass das Ortsamt diesbezüglich nachhaken werde.

#### Mitteilungen aus dem Ortsamt

Herr Möller teilt mit, dass das Ortsamt vom Umweltbetrieb Bremen (UBB) für die Beiratsmitglieder Zugangsdaten für die Nutzung des GRIS-Kartenclients erhalten habe. Herr Möller bietet an, interessierten Beiratsmitgliedern eine kurze Einweisung per Videokonferenz zu erteilen. Er bittet die Fraktionsvorsitzenden um eine Abfrage in ihren Fraktionen und bei Interesse um Rückmeldung bis Ende kommender Woche.

### **TOP 2: WiN-Projekte**

Herr Stöver stellt einen Folgeantrag vor, der aus Mitteln des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ finanziert werden soll.<sup>1</sup>

Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

### **TOP 3: Tempo-30-Regelung in der August-Bebel-Allee**

Herr Siegel erinnert daran, dass das ASV die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der August-Bebel-Allee weiterhin ablehne.<sup>2</sup> Im Folgenden stellt er den fraktionsübergreifenden Antrag vor: In dem 600 Meter langen Teilstück von der BSAG-Haltestelle Friedrich-Stamper-Straße bis zur Kita August-Bebel-Allee gebe es eine Haltestelle, drei Zebrastreifen sowie eine Ampel und sich vier Kitas in diesem Bereich befänden, darunter zwei große. Busse und andere Fahrzeuge könnten daher ohnehin kaum schneller als 30 km/h fahren. Der Sicherheit der Kinder sollte Vorrang vor einer minimalen Fahrtzeitverlängerung der Linie haben. Das vom ASV vorgebrachte Argument der Berücksichtigung des Gleichheitsgrundsatzes halte er für nicht stichhaltig, da es sich hier um eine besondere Situation handele und es stets eine Einzelfallentscheidung sein müsse. Auch das Argument des Vorhandenseins von Querungshilfen halte er für nicht stichhaltig, da sich kürzlich an dem Zebrastreifen in der August-Bebel-Allee ein schwerer Unfall ereignet habe und somit nicht per se von einer erhöhten Sicherheit ausgegangen werden könne. Er habe 238 Unterschriften von Eltern der ansässigen Kitas vorliegen, die die Einführung von Tempo 30 forderten. Daher laute der Antrag, die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) nochmals aufzufordern, den Sachverhalt erneut zu prüfen.<sup>3</sup>

Herr Kittlaus hebt die Veränderung in der Straßenverkehrsordnung (StVO) positiv hervor, die nun die Einführung von Tempo 30 vor sogenannten sensiblen Einrichtungen ermöglicht. Zuvor habe Tempo 30, außerhalb von Wohngebieten/ Tempo-30-Zonen, nur aufgrund eines vorliegenden Unfallschwerpunktes angeordnet werden können. Laut Gesetzgebung könne jedoch in zwei Ausnahmefällen auf die Anordnung von Tempo 30 vor sogenannten sensiblen Einrichtungen verzichtet werden und zwar, wenn negative Auswirkungen auf den ÖPNV oder Verkehrsverlagerungen in Wohnnebenstraßen zu erwarten seien, wobei die zweite Einschränkung hier nicht zum Tragen komme. Da jedoch Nachteile für die ÖPNV-Taktung zum Tragen kämen, be-

<sup>1</sup> Die Projektbeschreibung zu dem WiN-Antrag ist der **Anlage 1** zu diesem Protokoll zu entnehmen.

<sup>2</sup> Das Schreiben des ASV ist dem [Protokoll Nr. 14](#) als Anlage 3 angefügt, siehe [ASV zu Tempo 30 in der Vahr](#). Weitere Informationen finden sich zudem in dem [Protokoll Nr. 12](#) der Beiratssitzung am 15.12.2020 mit der Anlage 3 [Anhörung Tempo 30 August-Bebel-Allee](#) sowie in dem [Protokoll Nr. 7](#) der Fachausschusssitzung „Bau, Verkehr und Umwelt“ am 07.09.2020.

<sup>3</sup> Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

stehe Konsens zwischen SKUMS, dem ASV und der BSAG, hier keine Geschwindigkeitsreduzierung vorzunehmen. Andernfalls würde ein Präzedenzfall geschaffen. Denn es gebe viele andere Örtlichkeiten, an denen auch eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h gewünscht werde, es aber zu Auswirkungen auf den ÖPNV käme. Da hier zudem kein Unfallschwerpunkt vorliege, müssten sie die Forderung des Beirats leider ablehnen.

Herr Bartsch ergänzt, dass vor vielen sensiblen Einrichtungen die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h umgesetzt worden sei. 80 verbliebene Örtlichkeiten in Bremen seien nochmals eingehend geprüft worden. Zum Teil seien einzelne Defizite festgestellt worden und durch andere Sicherheitsmaßnahmen wie Querungshilfen oder Schutzgitter behoben worden. Vor 20 dieser Einrichtungen werde noch Tempo 30 umgesetzt. Im Fall der August-Bebel-Allee würden jedoch alle erforderlichen Kriterien erfüllt, wie im Schreiben des ASV vom 21.01.2022 dargestellt.

Herr Degen schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an. Aufgrund der geringfügigen Verzögerung verändere sich in diesem Fall – aufgrund der Pausenzeiten an den Endpunkten – die Taktung, sodass die Anschaffung eines weiteren Fahrzeugs erforderlich wäre und ein\*e zusätzliche\*r Fahrer\*in eingestellt werden müsste. Die Kosten beliefen sich dadurch schätzungsweise auf einen niedrigen sechsstelligen Betrag pro Jahr, den SKUMS zu tragen hätte. Die Bereitstellung finanzieller Mittel hierfür oder eine Verschlechterung der Taktung werde nicht befürwortet. Auf eine entsprechende Anmerkung aus dem Beirat ergänzt Herr Degen, dass Tempo 50 zwischen den Haltestellen zwar oft nicht erreicht werde, aber definitiv schneller als 30 km/h gefahren werde. Es müsse die Möglichkeit bestehen, um Verspätungen ausgleichen zu können. Er verstehe, dass es schwer nachvollziehbar sei, dass der verhältnismäßig geringe Zeitverlust in diesem kurzen Teilstück hohe Auswirkungen mit sich bringe, aber es müssten die Auswirkungen der gesamten Strecke einbezogen werden.

Herr Dr. Haga vertritt die Auffassung, dass ein Ermessensnichtgebrauch vorliege und bittet die Behörde zu prüfen, ob eine ermessensfreie Entscheidung getroffen worden sei. Er verweist auf das Beispiel der Habenhauser Brückenstraße, in der die Linie 22 verkehre und Tempo 30 angeordnet worden sei, obwohl es dort nicht einmal einen Fußweg gebe.

Herr Bartsch erwidert, dass die Behörde ihr Ermessen sehr genau geprüft habe und kein Ermessensfehler gesehen werde. Herr Degen stellt klar, dass die verschiedenen Fälle nicht vergleichbar seien, unter anderem aus dem Grund der unterschiedlichen Wendezeiten der Linien.

Herr Weigelt zeigt sich verwundert über die Aussage des Gleichheitsgrundsatzes, wenn es eine Ausnahme im Fall der Habenhauser Brückenstraße gebe.

Herr Bartsch erläutert auf eine entsprechende Anmerkung, dass der Zebrastreifen hier als sicher anzusehen sei und kein Sicherheitsdefizit vorliege, auch wenn sich im Einzelfall ein Unfall ereignet habe.

Frau Mahler sieht, wie auch andere Beiratsmitglieder, in der Abwägung die Verkehrssicherheit als wichtiger an als die Wirtschaftlichkeit und sie frage sich, ob ein Fahrzeug mehr pro Tag auch bei anderen Verkehrsprojekten als derart problematisch angesehen werde.

Die stellvertretende Leitung der Kita August-Bebel-Allee macht deutlich, dass die Eltern sowie das Kita-Personal große Angst hätten, dass Kinder zu Schaden kämen.

Bezugnehmend darauf, dass von Seiten der Behörden die verkehrliche Situation vor Ort geprüft worden sei, weist die Leitung des Kindergartens der Heilig-Geist-Kirche darauf hin, dass sich die Situation aufgrund einer Baustelle zurzeit entspannter darstelle, da die Eltern auf dem Vorplatz der Kirche und nicht wie sonst an der Straße parkten.

Der zuständige Kontaktpolizist berichtet ausführlich von seinen Beobachtungen, die er im März mehrfach vor Ort gemacht habe. Dabei seien zu den Bring- und Abholzeiten besonders viele Verkehre zu verzeichnen gewesen.<sup>4</sup>

Anja Schiemann (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) teilt mit, dass sie sich als verkehrspoli-

---

<sup>4</sup> Der Bericht der Polizei ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

tische Sprecherin der SPD dafür eingesetzt habe, dass die 80 Einrichtungen nochmals überprüft würden. Mit dem Ergebnis sei sie allerdings nicht zufrieden. Sicherheit müsse Vorrang vor Wirtschaftlichkeit haben.

Herr Bartsch betont noch einmal, dass hinsichtlich der Sicherheitsaspekte keine Defizite festgestellt worden seien. Er bietet jedoch an, nach Beendigung der Baumaßnahme ein Treffen vor Ort durchzuführen, um noch einmal die Situation bzgl. des ruhenden Verkehrs bzw. der Bring- und Abholverkehre zu überprüfen. Die heute vorgebrachten Argumente würden in die weitere Abwägung einbezogen.

Herr Möller lässt abschließend über den eingangs von Bernd Siegel vorgestellten fraktionsübergreifenden Antrag abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

#### **TOP 4: Bericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“**

Herr Michalik berichtet anhand einer Präsentation von den Zielen der Enquetekommission zur Klimaschutzstrategie für das Land Bremen:<sup>5</sup>

- 2008/ 2009 habe Bremen bestimmte Ziele zur CO<sub>2</sub>-Einsparung festgelegt. Zunächst seien die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Stahlwerke dabei nicht berücksichtigt worden, die allerdings einen sehr hohen Anteil an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen des Landes Bremen ausmachten.
- Das Land Bremen habe seine CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2018 nur um sechs Prozent gegenüber 1990 reduziert. Daher sei die Enquetekommission eingerichtet worden. Diese bestehe aus 18 Mitgliedern und sei kein rein politisches Gremium, sondern setze sich daneben auch aus Sachverständigen zusammen, die alle gleichermaßen stimmberechtigt seien. Zudem gebe es ständige Gäste, denen ein Rederecht eingeräumt werde.
- Die Empfehlung der Enquetekommission für die Klimaziele laute unter anderem die Einsparung von 60 Prozent der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 gegenüber 1990. Durch die erforderliche Sanierung eines Hochofens der Stahlwerke könne ein großer Anteil der Treibhausgasemissionen eingespart werden. Bis 2038 könne rechnerisch Klimaneutralität erreicht werden – das bedeute eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen von etwa 95 Prozent.
- Mit welchen Maßnahmen diese Ziele erreicht werden könnten, sei in einem umfangreichen Mehrheitsbericht (zu denen Sondervoten abgegeben werden konnten) ausgearbeitet worden.
- In der Vahr sei ein enormes Potential vorhanden, unter anderem durch die beabsichtigte Umstellung auf Fernwärmenutzung. Weiter zeichne sich die Vahr durch eine hohe Sanierungsrate der Gebäude aus, die Öl- oder Gasnutzung sei vergleichsweise gering, es gebe wenige versiegelte Flächen und einen hohen Anteil an öffentlichem Grün. Hinsichtlich des ÖPNV und der Radwege gebe es im Vergleich zu anderen Stadtteilen noch Verbesserungsbedarf.
- Zur Finanzierung ergänzt Herr Gottschalk, dass die Umsetzung eine Herausforderung sei, die mit hohen Kosten von etwa sechs bis sieben Milliarden Euro bis 2030 einhergehe.
- Zudem weist er auf die große Problematik der Berufseinpendler\*innen hin. In dem Zusammenhang sei der Umstieg auf den Umweltverbund wichtig.
- Zum Stand der Umsetzung erläutert Herr Michalik, dass der Senat bis zum Herbst 2022 Zeit habe, einen Klimaschutz-Aktionsplan vorzulegen. Als Folgeausschuss werde ein staatlicher Klimaausschuss eingesetzt.

Herr Maas äußert den Vorschlag der Möglichkeit, Fahrräder im ÖPNV kostenlos mitnehmen zu können, um die Attraktivität zu steigern.

Auf die Nachfrage an die Gewoba AG zum Austausch alter Fenster bei Gebäudesanierungen antwortet Frau Kurzhöfer, dass die Gewoba darauf bedacht sei, ihren Teil zur Erreichung der

---

<sup>5</sup> Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

Klimaschutzziele beizusteuern und dahingehend gute Ergebnisse zu erzielen. Neben beispielsweise Sanierungen oder der Verbesserung von Anschlussmöglichkeiten für Elektro-Ladesäulen befasse sich die Gewoba auch mit Fenstersanierungen.

Herr Möller weist abschließend darauf hin, dass es noch eine Planungskonferenz zur dieser Thematik geben werde.

### **TOP 5: Anhörungsverfahren Fernwärmetrasse – Kurfürstenallee**

Herr Möller führt aus, dass es seit dem 04.04.2022 – infolge des Neubaus der Fernwärmeleitung – Umleitungen der Buslinien 24 und N9 in stadtauswärtiger Richtung gebe. In der Folge würden drei Haltestellen in der Kurfürstenallee nicht mehr angesteuert. Der Beirat Vahr sei von SKUMS im Rahmen eines Anhörungsverfahrens beteiligt worden. Die Fristsetzung habe allerdings nur 14 Tage betragen und der Zeitraum habe innerhalb der Osterferien gelegen. Vor Ablauf der Fristsetzung sei die Maßnahme bereits eingeleitet worden.

Wie Herr Möller weiter darlegt, sei diese Vorgehensweise gegenüber der swb und SKUMS kritisiert worden und darum gebeten worden, dass die swb in Abstimmung mit der BSAG nach alternativen Lösungen suchen möge, um eine bessere Nutzung und Erreichbarkeit der BSAG-Haltestellen zu ermöglichen und um die Sperrdauer der Haltestellen zu verkürzen. Diesbezüglich habe die BSAG folgende Stellungnahme abgegeben:

„Die Fahrzeit für Fahrgäste Richtung Neue Vahr Nord verlängert sich [durch die Maßnahme] tagsüber um zwei Minuten. Fahrgäste der entfallenden Haltestellen empfehlen wir die Nutzung der Haltestellen Kurfürstenallee und Barbarossastraße der Linie 1.

Alternativ können Fahrgäste bis zur Haltestelle Heinrich-Hertz-Straße fahren, um dort auf der gegenüberliegenden Straßenseite in die Linie 24 Richtung Innenstadt umzusteigen. Dies ist ohne zusätzliches Ticket möglich. Eine ÖPNV-Erschließung ist somit grundsätzlich gewährleistet.

Die Baustellenabsperungen und die sich daraus ergebenden Einschränkungen für den ÖPNV wurden im Vorfeld der Maßnahme mit der SWB abgestimmt. [...] Es wurde [...] überzeugend dargestellt, dass die Einrichtung von Ersatzhaltestellen und den dazugehörigen Zuwegungen aufgrund der Baugrube für den gesamten Bauzeitraum bis November nicht möglich ist. Auch muss der Umweg via Karl-Kautsky-Straße eingeplant werden, da vor dem Fly-Over keine verkehrssichere Abfahrtsmöglichkeit für unsere Busse eingerichtet werden kann.

Es gab mittlerweile einen erneuten kurzfristigen Abstimmungstermin mit der SWB, Polizei, BSAG und weiteren Behördenvertreter\*innen. Die Notwendigkeit der Baustelleneinrichtung und der Bauzeitenplan wurden dabei vom Vorhabenträger noch einmal bestätigt. Daher sehen wir derzeit keine Möglichkeiten, die Einschränkungen entlang der Linien 24 und N9 zu vermeiden.

Sollte sich im Laufe der Bauarbeiten wider Erwarten doch eine vorzeitige Möglichkeit für die Einrichtung von Ersatzhaltestellen oder ein Entfall der umwegigen Führung via Karl-Kautsky-Straße ergeben, werden wir entsprechend reagieren. Bitte beachten Sie, dass es auch im weiteren Bauverlauf bis ins Jahr 2023 zu Einschränkungen entlang der BSAG-Linien kommen wird.“

Herr Degen führt die Inhalte dieser schriftlichen Stellungnahme noch einmal mündlich aus.

Gemäß Herrn Dr. Haga sei allen klar gewesen, dass der Fernwärmebau zu Beeinträchtigungen führe. Er möchte aber sein Unverständnis darüber ausdrücken, wie von SKUMS mit den Beteiligungs- und Informationsrechten des Beirats umgegangen werde und dass der Beirat oftmals gar nicht, zu wenig oder zu spät informiert werde.

Herr Saake schließt sich dem an und wünscht sich eine intensivere Beteiligung bei den Planungen der vorgesehenen Baustellenführungen. Er hätte gerne mit der swb über mögliche Alternativen diskutiert. Zudem kritisiert er die Broschüre, die er als Anwohner von der swb erhalten

habe, da dort keinerlei Informationen über die verkehrlichen Einschränkungen und Umleitungen enthalten seien. Des Weiteren seien die Verkehrsumleitungen und -sperrungen nicht gut auf der Homepage der swb dargestellt.

Der Beirat einigt sich darauf, SKUMS aufzufordern, dass die Beiratsrechte gemäß Ortsbeirätegesetz eingehalten werden.

Zudem einigt sich der Beirat darauf, die swb aufzufordern, frühzeitig Informationen zu den baustellenbedingten Sperrungen bzw. Verkehrsumleitungen bereitzustellen, den Beirat intensiver zu beteiligen und auch die Bürger\*innen über die Hauswurfsendungen und Homepage besser über diese verkehrlichen Belange zu informieren.

Abschließend bittet Herr Möller Herrn Degen um eine entsprechende Information, sollten sich Änderungen oder Neuigkeiten ergeben.

### **TOP 6: Globalmittelantrag**

Frau Mahler stellt zwei kürzlich eingegangene Globalmittelanträge vor: Zum einen würden 744 € für einen Malkurs für Geflüchtete und Migrant\*innen beantragt; zum anderen würden 2.000 € für einen Sprachorientierungskurs für ukrainische Geflüchtete in der Vahr beantragt.

Herr Möller lässt über die Globalmittelvergabe für die beiden Projekte in der jeweils beantragten Höhe abstimmen: Der Beirat stimmt der Vergabe einstimmig zu.

Herr Siegel gibt den Hinweis, dass auch von Seiten des Senats solche niedrigschwelligen Angebote für Geflüchtete unterstützt würden.

### **TOP 7: Verschiedenes**

#### Nächster Termin:

Beiratssitzung Vahr am 17.05.2022, 19:30 Uhr im Bürgerzentrum Neue Vahr als Hybridveranstaltung

Sprecher

Sitzungsleitung

Protokoll

Siegel

Möller

Auras